

## 88. Delegiertenversammlung des ÄKBV

Am 3. Juli 2008 fand die 88. Delegiertenversammlung des ÄKBV München statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Einrichtung von Ausschüssen der Delegiertenversammlung sowie ein Bericht über die Vorstandsarbeit in den vergangenen Monaten.

### Ausschüsse des ÄKBV

Auf Antrag des Delegierten Dr. Stephan Böse O'Reilly wurde ein Ausschuss „Umwelt und Gesundheit“ eingerichtet. Der Ausschuss hat sich in den nächsten zwölf Monaten zwei Projekte vorgenommen: Erstens soll eine Übersicht darüber erstellt werden, welche umweltmedizinischen Einrichtungen es in München gibt – Ziel ist es, einen neuen „Wegweiser Umweltmedizin“ zu verfassen. Zweitens möchte der Ausschuss Konzepte entwickeln, in denen aufgezeigt wird, wie Praxen und Kliniken in München umweltbewusster arbeiten können. In den Ausschuss wurden die Delegierten Dr. Stephan Böse O'Reilly, Dr. Hermann Gloning, Dr. Susanne Bornschein, Dr. Claudia Borelli, Ingo Mittermaier, Dr. Peter Hauber und Bertram Schneeweiß gewählt.

Auf Antrag der Delegierten Dr. Waltraud Wirtgen wurde ein Ausschuss „Menschenrechtsfragen“ eingerichtet. Themen des Ausschusses sind:

- die Konfliktsituation von Ärzten, die Reisefähigkeitsgutachten für abgelehnte, aber traumatisierte Asylbewerber erstellen sollen,
- die fachgerechte Begutachtung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge,
- die Situation von Menschen in Deutschland, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben,
- häusliche Gewalt,
- Gewalt in der Pflege und
- Schutz der Intimität der Arzt-Patienten-Beziehung.

Dem Ausschuss gehören neben den Antragstellern Dr. Waltraud Wirtgen, Dr. Emma Auch-Dorsch, Dr. Peter Banholzer und Dr. Susanne Bornschein auch Dr. Sibylle von Bibra, Dr. Claudia Ritter-Rupp, Dr. Hans Martens und Dr. Barbara Pfletschinger an.

Auf Antrag von Dr. Christoph Emminger wurde ein dritter Ausschuss eingerichtet, der sich mit der „Leitlinie Gesundheit“ des Gesundheitsbeirates der Landeshauptstadt München befasst. Seit Januar dieses Jahres ist ein Entwurf dieser Leitlinie in Umlauf. Bevor sie zum Jahresende dem Münchner Stadtrat vorgestellt wird, sollen die Akteure des Münchner Gesundheitswesens Stellung dazu nehmen. Wie Dr. Emminger berichtete, werden in dem Entwurf Ärzte kaum erwähnt.

Der neu geschaffene ÄBV-Ausschuss soll daher eine Stellungnahme erarbeiten, in der dargestellt wird, was an dem Papier aus ärztlicher Sicht geändert werden muss. Mitglieder des Ausschusses sind: Dr. Christina Eversmann, Dr. Hermann Gloning, Dr. Roland Bauerdorf, Dr. Beatrice Grabein, PD Dr. Thomas Angerpointner, Dr. Christoph Grassl, Dr. Patricia Haberl, Dr. Sibylle v. Bibra, Dr. Jörg Franke und Prof. Dr. Detlef Kunze.

### Gesundheitsbeirat und PSAG

Im Anschluss stellte der Sitzungsleiter der Delegiertenversammlung, Dr. Peter Scholze, die Aufgaben und Ziele des Gesundheitsbeirates der Landeshauptstadt München vor (siehe MÄA 15, S. 3f.). In Ergänzung dazu berichtete die Delegierte Dr. Sibylle v. Bibra über die Arbeit im Arbeitskreis PSAG (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften) des Gesundheitsbeirates. V. Bibra beklagte, dass die niedergelassenen Psychotherapeuten bei der geplanten Reform der PSAG vom Bezirk Oberbayern nicht ausreichend eingebunden und spät informiert worden seien.

Darauffin fasste die Delegiertenversammlung – auf Antrag der Delegierten Dr. Sibylle v. Bibra, Dr. Hans Martens und Dr. Edwin Fischer – den Beschluss, dass der ÄKBV mit dem Bezirk Oberbayern und dem Gesundheitsreferat der Stadt München einen Gesprächstermin vereinbaren soll, bei dem es um die Einbeziehung und Mitwirkung der niedergelassenen Ärzte bei der PSAG-Reform gehen soll.

### Vorstandsarbeit

Bezüglich der Vorstandsarbeit berichtete der 1. Vorsitzende des ÄKBV von Ergebnissen der Vorstandsklausur, die der neu gewählte Vorstand Ende Mai abgehalten hatte. Demnach hat sich der Vorstand zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren „nicht nur die gesetzlichen Aufgaben abzuarbeiten“, sondern den Mitgliedern darüber hinaus gehende attraktive Angebote zu machen. Nach dem Ausscheiden des langjährigen Geschäftsführer Hans-Joachim Schmerber soll ein neuer Geschäftsführer bzw. eine neue Geschäftsführerin eingestellt werden. Diese Person soll als Vorstandsreferent bzw. Vorstandsreferentin fungieren und sich die Arbeit des Geschäftsführers mit dem bisherigen stellvertretenden Geschäftsführer Hans Rupp teilen, der dann offiziell die Leitung der Geschäftsstelle übernehmen wird.

Caroline Mayer

## Ausstellung „Approbationsentzug 1938“ im Foyer der KVB

Am 25. Juli wurde in München, im Foyer der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), die Ausstellung „Approbationsentzug 1938“ eröffnet. Genau an diesem Datum vor 70 Jahren – am 25. Juli 1938 – war als Ergänzung zu den Nürnberger Rassegesetzen die „Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ erlassen worden, die die Approbation jüdischer Ärztinnen und Ärzte mit Wirkung zum 30. September 1938 für „erloschen“ erklärte. In der Ausstellung wird auf zwölf Tafeln anhand von Briefen, Fotos und anderen Zeitdokumenten das Schicksal einzelner jüdischer Ärztinnen und Ärzte illustriert, die zum Zeitpunkt der Macht ergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 in München lebten und arbeiteten.

Die Ausstellung, die auf die Initiative des Münchner Arztes Dr. Hansjörg Ebell und seiner Frau Ursula Ebell zurückgeht, wurde von Tobias Wittenborn gestaltet und steht unter der Schirmherrschaft von Charlotte Knobloch, der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München.

Finanziert wurde sie durch den ÄKBV München, unterstützt durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB). Inhaltlich stützt sich die Darstellung der nachgezeichneten Lebenswege auf die von Renate Jäckle zum 50. Jahrestag vorgelegte Dokumentation „Schicksale jüdischer und ‚staatsfeindlicher‘ Ärztinnen und Ärzte nach 1933 in München“ (Hrsg. Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte München) und auf die Broschüre der Bayerischen Landesärztekammer „Nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Ärzte in Bayern“, die 1998 zum 60. Jahrestag des Approbationsentzuges herausgegeben worden war.

Die Ausstellung thematisiert die Konsequenzen, die die judenfeindliche Gesetzgebung des Nazi-Regimes für die betroffenen Ärzte und ihre Familien hatte. Bereits 1933 war jüdischen Ärzten die Fortführung der kassenärztlichen Versorgung ihrer Patienten untersagt worden. Zahlreiche zum Teil hoch angesehene Klinik-